

Landkreis Vorpommern-Rügen

4. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Kreistagsfraktion AfD

Vorlagen Nr.:
A/4/0112

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	15.12.2025

Änderungsantrag der Kreistagsfraktion AfD zum Haushaltsplanentwurf 2026: "Personalaufwuchs im Fachdienst 35 (Ausländer- und Asylrecht) eindämmen"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen möge beschließen:

„Die derzeit sechs unbesetzten Personalstellen (6,0 VZÄ) im Fachdienst 35 (Ausländer- und Asylrecht) werden im kommenden Haushaltsjahr 2026 weiterhin nicht besetzt und stattdessen vollständig aus dem Stellenplan gestrichen.“

Begründung:

Die vorliegenden Zahlen zum Personal- und Kostenaufwuchs im Fachdienst 35 seit 2015 zeigen einen strukturell ungebremsten Ressourcenanstieg, der in keinem Verhältnis zur finanziellen Lage des Landkreises steht. Während die Gesamtpersonalkosten im Bereich Ausländer- und Asylrecht seit 2015 von 925.669,00 EUR auf geplante 3,435 Mio. EUR im Jahr 2025 ansteigen - also eine Steigerung von rund 270 Prozent - wächst der Personalbestand gleichzeitig von 18 Mitarbeitern auf zuletzt 51 Beschäftigte im Jahr 2024. Dieser massive Ausbau setzt sich trotz stagnierender oder rückläufiger Haushaltsmittel fort und erzeugt eine dauerhafte strukturelle Belastung des Kreishaushalts.

Besonders deutlich wird der Trend beim Vergleich der SOLL-Stellen: Von 21,8 Stellen im Jahr 2015 steigt der Wert bis 2023 auf 56,8 und liegt selbst 2024 noch bei 53,8. Gleichzeitig bleibt ein signifikanter Teil der Stellen unbesetzt. Die aktuellen sechs unbesetzten Vollzeitäquivalente (VZÄ) zeigen klar, dass der tatsächliche Arbeitsanfall auch ohne Vollbesetzung bewältigt werden kann. Eine Streichung dieser Stellen verursacht keine Leistungseinbußen, reduziert jedoch dauerhaft die Personalkostenentwicklung.

Die Haushaltslage des Landkreises zwingt zu konsequenten Einsparungen. Es ist weder fachlich geboten noch wirtschaftlich vertretbar, die aufgeblähten Strukturen weiterzuführen, die ausschließlich Folge einer seit Jahren gescheiterten Migrationspolitik auf Bundes- und Landesebene sind. Die Bundesregierung und insbesondere CDU-Bundeskanzler Friedrich Merz haben wiederholt eine „Migrationswende“ angekündigt, die jedoch ausbleibt. Statt einer Entlastung kommunaler Verwaltungen werden die Landkreise weiterhin mit den finanziellen und organisatorischen Folgen der bundespolitischen Untätigkeit allein gelassen.

Die Streichung der sechs unbesetzten Stellen schafft sofortige und strukturelle Einsparungen, ohne die Arbeitsfähigkeit des Fachdienstes einzuschränken. Sie ist ein erster, finanziell vernünftiger Schritt, um den Personalaufwuchs einzudämmen und den Landkreis wieder auf einen verantwortungsvollen haushaltspolitischen Kurs zu führen.

gez. Detlef Kegel
Fraktionsvorsitzender
Fraktion AfD